



## Referat anlässlich des Martini-Symposiums in Sursee: "Schweiz – keine Chancen ohne Risiken?"

vom 20. November 2014

Von Nationalrätin Maya Graf / Nationalratspräsidentin  
2013 Grüne Basel-Landschaft

*Es gilt das gesprochene Wort!*

Sehr geehrte Damen und Herren, verehrte Einwohnerinnen und Einwohner von Sursee, sehr geehrte Vertreterinnen und Vertreter aus Politik und Wirtschaft

Vielen Dank, dass ich heute über die grüne Sicht auf das Thema „Keine Chancen ohne Risiken“ zu Ihnen sprechen darf. Als ich mich auf das Martini-Symposium vorbereitet habe, war meine erste Assoziation, dass das Thema „Keine Chancen ohne Risiken“ die Beziehung zwischen unserer Innen- und unserer Aussenpolitik beschreibt. Sind doch diese beiden Bereiche unserer Politik über das Verhältnis Chancen und Risiken ganz eng miteinander verknüpft.

### Die Schweiz und Europa

Die Europäische Union ist für die Schweiz als Handelspartner mittelfristig nicht ersetzbar, wie die Grafik illustriert. Allein im vergangenen Jahr haben wir Waren im Wert von 110 Mrd. CHF in die EU verkauft. Das sind 55% unserer gesamten Exporte in die Welt. Gleichzeitig bezogen wir drei Viertel unserer Importe aus der EU. Das Bundesland Baden-Württemberg – da ich aus der Region Basel komme, nenne ich es gerne „unser grosser Nachbar“ - bezieht mehr Waren von uns als China und Hongkong zusammen! Baden-Württemberg und Bayern sind für unsere Handelsbeziehungen gleichbedeutend wie die USA. Aus ökologischer und menschenrechtsrelevanter Perspektive ist der Erhalt dieser kurzen Handelswege zu unseren Nachbarn, die dieselben Werte teilen, nicht nur wünschenswert, sondern zu stärken und zu sichern.

Wir sind aber mit Europa nicht nur wirtschaftlich verbunden, sondern auch kulturell, sozial und gesellschaftlich. Die globalen Umweltprobleme machen nicht an der Schweizer Grenze Halt. Auch nicht die Flüchtlinge, von denen viele - nicht zuletzt durch diese Umweltprobleme und die entstandene soziale Not - in unsere Länder getrieben werden.

Der Schriftsteller Peter von Matt fasst unser Verhältnis zu Europa aus meiner Sicht treffend zusammen: „Die Schweiz ist unsere Heimat, aber die Heimat der Schweiz ist Europa.“

Jahrelang war unser Verhältnis zu „Resteuropa“ relativ problemfrei, die StimmbürgerInnen lehnten zwar 1992 den EWR ab, dafür stimmte eine Mehrheit insgesamt fünf Mal den bilateralen Verträgen zu. Im Vordergrund standen immer die wirtschaftlichen

Chancen und Risiken unseres Verhältnisses zu Europa. Vielleicht war die Konzentration auf allein die wirtschaftlichen Aspekte in unserem Verhältnis zu Europa zu einseitig! Während der Minimalkonsens „Bilaterale“ dem Souverän als ökonomische Notwendigkeit schrittweise vermittelt werden konnte, spielte die SVP gleichzeitig die Ode an die geschlossene Gesellschaft. Die Zweckentfremdung des Bäumchensujets in der Kampagne durch die Initianten der Masseneinwanderungsinitiative kennzeichnet den blinden Fleck der Debatte.

Es fehlte die Auseinandersetzung darüber, wie sich der Kleinstaat im Aussen entwickeln und verhalten kann, wie ein geeintes Europa gesellschaftlich in die Schweiz hinein wirkt, ob und welche Partnerschaften sinnvoll sein könnten und auf welche Art wir in Zukunft Wohlstand generieren wollen. Die politische Abgrenzung rettet uns schliesslich nicht vor dem Souveränitätsverlust, der entsteht, weil immer mehr Politikfelder grenzüberschreitend gestaltet werden. Heute verbinden uns allein 20 zentrale bilaterale Abkommen sowie über 100 weitere Abkommen mit der EU. Wussten Sie, dass ca. 85 Prozent unseres Rechtsbestandes bereits dem europäischen Recht entsprechen?

### **Die Masseneinwanderungsinitiative: Keine Chancen, nur Risiken?**

Der 9. Februar 2014 meine Damen und Herren,

sollte nicht zum Risiko für unser Verhältnis zu Europa werden. Die Grünen sind der Meinung, dass die Stimmbürger und Stimmbürgerinnen sich weniger gegen Europa als vielmehr gegen eine Reihe von Nebenwirkungen gewehrt haben, die mit der Zuwanderung einhergingen. Es wurde nicht primär für eine bestimmte Form von Zuwanderungsbeschränkungen votiert. Vielmehr bot die Masseneinwanderungsinitiative keine Alternative zu Kontingenten. Nun ist es meiner Meinung nach zutiefst eidgenössisch, bei einem wahrgenommenen Problem erst einmal zu überlegen, was genau uns an der Situation stört und wie wir sie sachlich gesehen verbessern können. Eine Korrekturabstimmung – wie sie von Teilen gefordert wird – ist keine Antwort auf das Problem.

Wichtig ist, dass der Blick nach innen die Sicht auf Aussen nicht blockiert: Umweltpolitik und ressourcenschonendes Wirtschaftswachstum können nur dann Wirkung entfalten, wenn wir grenzüberschreitend und gemeinsam daran arbeiten. Für unsere Kinder, die wir weiter zur Aus- und Weiterbildung ins Ausland schicken wollen und für die Forschungszusammenarbeit, bei der jeder investierte Franken mindestens einmal wieder in Form von Forschungsaufträgen zu uns zurückkommt. Wir reden immer nur von der Zuwanderung. In diesen Kontext gehört aber auch die knappe halbe Million Schweizerinnen und Schweizer Bürger, die in der EU leben und arbeiten.

Natürlich hat ein Kleinstaat andere Empfindlichkeiten, als unsere grossen Nachbarstaaten, aber ohne dass Menschen zu uns gekommen wären, hätten wir uns nie zu der Wohlstandsinsel inmitten Europas entwickeln können, die wir heute sind.

Deshalb hat die Grüne Partei der Schweiz als erste Partei nach dem 9. Februar 2014 gefordert, dass der Bundesrat in jedem Fall eine EU-kompatible Umsetzungsvariante zur Diskussion stellt, die weder Kontingente, Inländervorrang noch andere für die EU inakzeptable Beschränkungen umfasst.

Die Ergebnisse des aktuellsten Wahlbarometers bestätigen unsere Sicht: Auf die Frage, ob man einverstanden oder nicht einverstanden sei mit der aktuellen Strategie des Bundesrates, sowohl die MEI umzusetzen als auch die bilateralen Verhandlungen nicht zu gefährden, unterstützen fast drei Viertel der befragten Stimmberechtigten genau dieses Vorgehen.

Nun stellt sich die Frage nach unseren Chancen in der aktuellen Situation. Die EU steht auf dem Standpunkt, dass die vier Binnenmarktfreiheiten nicht verhandelbar sind und insbesondere nicht das Recht auf Personenfreizügigkeit, das sich die EU auch im Inneren hart erkämpfen musste. Optionen wie ein Wiederaufwärmen des EWR oder gar ein EU-Beitritt sind mit Souveränitätseinschränkungen verbunden, die wir nicht tragen wollen. Heisst das nun in Bezug auf die Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative: Keine Chancen, nur Risiken?

### **Die Verhandlungen über die Alpeninitiative als Vorbild**

Wir vergessen dabei, dass wir schon einmal in einer ähnlichen Lage waren. Die Zustimmung zur Alpeninitiative war ein konkretes Risiko für das Landverkehrsabkommen mit der EU von 1994. Es ging um die Forderung aus der Bundesverfassung, wonach „der alpenquerende Gütertransitverkehr von Grenze zu Grenze auf der Schiene“ erfolgen muss. Denn die Bahn ist viel sicherer als der Strassenverkehr und verursacht weniger Klimaschäden, Luftverschmutzung und Lärm. Dies hat das Schweizer Volk mehrfach bekräftigt: 1992 sagte es Ja zur Neuen Alpentransversale (NEAT), 1994 nahm es den Alpenschutzartikel an, 1994 und 1998 sagte es Ja zur leistungsabhängigen Schwerverkehrsabgabe (LSVA) und 1998 Ja zum Bundesbeschluss über Bau und Finanzierung von Infrastrukturvorhaben im öffentlichen Verkehr. 2004 lehnte es einen zweiten Gotthardstrassentunnel ab. Mit anderen Worten: Die Schweizer Prioritäten in den Verhandlungen mit der EU waren klar.

Die Lösung damals wie heute ist für uns Grüne eine Umsetzung der Initiative im Sinn und Geist des Begehrens, aber nicht im wörtlichen Sinne. Bei der Alpeninitiative war das Ziel klar festgelegt. Insgesamt sollen nicht mehr als 650'000 LKWs auf der Strasse verbleiben. Bei der Masseneinwanderungsinitiative existiert dagegen keine quantitative Zielvorgabe. Doch zur Debatte stand damals wie heute eine Europa-kompatible Umsetzung.

Die Lösung damals bestand darin, zur Berechnung des Volumens von 650'000 LKWs nicht nur den Transit-, sondern auch den Bilateral- und den Binnenverkehr als Grundlage zur Berechnung heranzuziehen. Die von der EU verlangte Lockerung des Verbotes für 40-Tonnen-Lastwagen konnten wir in den Verhandlungen mit der leistungsabhängigen Schwerverkehrsabgabe kompensieren, die wir zur Subventionierung von Bahninvestitionen verwenden. Am Ende der Verhandlung stand ein Betrag

von 325 Franken, den die Fuhrhalter für jede Durchquerung der Schweiz mit ihren 40-Tonnen-Camions bezahlen. Die Schweizer Verhandlungslösung für Umweltschutz mit marktwirtschaftlichen Instrumenten, nämlich der Regelung über den Preis, an Stelle der Steuerung über Kontingente hat sich durchgesetzt. Auch wenn die Umsetzung eher schwierig verläuft, bleibt dennoch festzuhalten, dass die Verhandlungslösung zum damaligen Zeitpunkt richtig und ein Erfolg war, den wir auch auf anderem Gebiet wiederholen können.

Mit Blick auf die Masseneinwanderungsinitiative halten wir zunächst fest:

1. Die EU hat ein Interesse an der Aufrechterhaltung der Personenfreizügigkeit, schliesslich will sie die hier lebenden EU-Bürgerinnen und Bürger nicht einem vertragslosen Zustand überlassen.
2. möchte die EU mit der Schweiz in der Unternehmensbesteuerung zum Ziel kommen,
3. besteht das Interesse am Informationsaustausch und
4. sollten wir die Tatsache im Auge behalten, dass die Welt für die EU grundsätzlich und bleibend einfacher wäre, könnte sie die Schweiz für einen Vollbeitritt gewinnen.

Soviel zu den Chancen. Nun zu den Risiken:

Unsere Wirtschaft braucht den Zugang zum europäischen Binnenmarkt. Umsetzungsprobleme sowie Verzögerungen bei neuen Rechtsentwicklungen schaffen Hürden und wirken diskriminierend. Es entsteht Rechtsunsicherheit. Diese kann sich die Schweiz nicht leisten. Übergangslösungen und Teilassoziierungen wie bei Horizon 2020, dem Europäischen Forschungsrahmenprogramm und Erasmus genügen langfristig nicht. Sie schaffen das Gegenteil von Rechtssicherheit.

### **Die Grünen Schweiz stehen für eine EU-kompatible Umsetzung der MEI und für ein innenpolitisches Massnahmenpaket**

Die Zeit drängt. Deshalb plädieren die Grünen für eine rasche Umsetzung auf Gesetzesstufe und eine Unterstellung unter das Referendum ohne Verfassungsänderung.

Konkret sehen die Grünen Schweiz im Vorschlag des ehemaligen Staatssekretärs für Finanzfragen und Unterhändlers der Bilateralen II, Professor Michael Ambühl, eine Option zur Versachlichung der Debatte. Formell wird in diesem Ansatz das Prinzip der Freizügigkeit nicht angetastet, aber es sind Ausnahmen in Form einer Schutzklausel vorgesehen. Verschiedene Kleinstaaten in Europa, so auch Liechtenstein kennen Schutzklauseln. Die Klausel kommt bei schwerwiegenden Folgen aus der Zuwanderung zum Tragen und könnte auf unsere Situation nach der MEI anwendbar werden. Der Wert, ab dem die Schutzklausel aktiviert wird, ist an die Zuwanderungswerte aller EU-Länder gekoppelt. Er lässt sich auf alle Staaten der EU/EFTA-Zone

anwenden und macht sich also nicht spezifisch an Schweizer Verhältnissen fest. Unsere Parteispitze hat sich mit Professor Ambühl zusammengesetzt, weil wir dieses pragmatische Modell im gleichen Sinne wie die Alpeninitiative als echte Alternative sehen, um den Willen der Stimmberechtigten bei gleichzeitiger EU-Kompatibilität zu gewährleisten.

Gleichzeitig muss die Abhängigkeit unserer Wirtschaft von ausländischen Arbeitskräften zügig reduziert werden. Nur mit schlagkräftigen und raschen Massnahmen kann verhindert werden, dass ein diskriminierendes und kompliziertes Kontingentsystem eingeführt wird. Die vom Bundesrat vorgeschlagenen Massnahmen der sog. Fachkräfteinitiative gehen in die richtige Richtung. Für die Grünen Schweiz stehen dabei folgende Massnahmen im Vordergrund:

1. Die konsequente Förderung einer nachhaltigen Wirtschaftsweise: Unternehmen, die nachhaltig wirtschaften, verantwortungsvoll arbeiten und lokal verankert sind, sollen belohnt werden. Das Standortdumping zum Anziehen ausländischer Firmen ist dagegen nicht nachhaltig und entspricht unserem Standort nicht.

Mit unserer Initiative „Grüne Wirtschaft“ soll unser Ressourcen- und Energieverbrauch reduziert werden, um langfristig eine hohe Lebensqualität für alle zu ermöglichen. Ziel der Grünen ist, den ökologischen Fussabdruck der Schweiz bis ins Jahr 2050 von heute drei auf eine Erde zu senken. Die Wegwerfwirtschaft soll zu einer Kreislaufwirtschaft umgebaut werden. Die Kreislaufwirtschaft setzt auf langlebige und reparierbare Produkte und verwendet Abfälle als neue Ressourcen. So können Emissionen, Abfälle und Verschwendung vermieden werden. Als Wirtschaftsstandort kann sich die Schweiz mit Forschung und Innovationen in diesem Bereich global etablieren.

Jüngst ist die ständerätliche Kommission in der Revision des Umweltschutzgesetzes unseren Initiativzielen zur Förderung der Kreislaufwirtschaft und mehr Ressourceneffizienz bereits entgegen gekommen.

2. Zentral ist für uns eine koordinierte Aus- und Weiterbildungsoffensive in Bereichen, in denen der Schweiz die Fachkräfte fehlen, wie bei den MINT-Berufen und beim Gesundheitspersonal. In der Wissenschafts- und Bildungskommission haben wir deshalb beim Beschluss über das Bundesgesetz zur Weiterbildung auch die Betriebe in die Pflicht genommen.

3. Die Förderung von innovativen Arbeitsmodellen mit weniger Mobilität und die Reduktion von Pendlerabzügen. So fordern wir im Bereich „Vereinbarkeit von Beruf und Familie“ die Möglichkeit zur Arbeitszeitreduktion für Männer resp. Väter und die Einführung eines Vaterschaftsurlaubes, die Umsetzung der Lohngleichheit von Männern und Frauen sowie ein flexibles Rentenalter, das den Betrieben wertvolle Arbeitskräfte erhält.

4. Auf dem Arbeitsmarkt geht es uns um würdige einträgliche und attraktive Arbeitsbedingungen mit einer Verstärkung der flankierenden Massnahmen, die Förderung

von GAVs und integrative Massnahmen, damit auch Menschen mit weniger Leistungspotenzial in den Arbeitsmarkt integriert bleiben können.

Das alles geht nur, wenn Wirtschaft und Gesellschaft sich nicht nur an der Urne, sondern auch grundsätzlich in einer Art erneuerter Sozialpartnerschaft erneut zusammenfinden.

## **Schluss**

Auf dem Weg zu einer Europa-kompatiblen Lösung für die Schweiz sehen die Grünen Schweiz zusammenfassend drei Meilensteine:

1. Der nächste Meilenstein ist der 30. November 2014. Die Grünen mobilisieren für ein klares Nein zu ECOPOP. Denn diese Initiative geht noch einen gewichtigen Schritt weiter in Richtung Isolation als die Masseneinwanderungsinitiative und löst dabei kein einziges Umweltproblem. Anstelle eine konsequenten Umsetzung des neuen Raumplanungsgesetzes versucht die Initiative Zersiedelung und Dichtestress allein auf die Zuwanderung und das Bevölkerungswachstum zu schieben. Es ist an jedem von uns, seinen ökologischen Fussabdruck zu reduzieren und an der Politik die Ressourcenpolitik endlich ernsthaft anzugehen.
2. stehen die Grünen für innenpolitische Massnahmen an Stelle eines komplizierten Kontingentsystems
3. Schliesslich fordern wir rasche Verhandlungen mit der EU nach dem Vorbild der Alpeninitiative. Hier spielt auch das Mandat des Bundesrates für die institutionelle Zusammenarbeit mit der EU hinein.

Mit dieser Verbindung aus innen- und aussenpolitischen Massnahmen können wir das Risikopotenzial der Massenwanderungs- und der ECOPOP-Initiative sachlich und unaufgeregt in Chancen für eine nachhaltige zukunftsfähige Entwicklung der Schweiz verwandeln.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit und freue mich auf die Diskussion.